

Gesamtprotokoll Workshops 1 – 5
der Regionalkonferenz Sozialplanung Arensharde Haddeby Kropp , 09. Mai 2017
insg. 85 Teilnehmer/innen

Protokoll des Workshops 1:	Bildung und Gesundheit	S. 2 - 8
Protokoll des Workshops 2:	Wege aus der (Alters) Armut	S. 9 - 12
Protokoll des Workshops 3:	Bezahlbarer Wohnraum	S. 13 - 16
Protokoll des Workshops 4:	Bündelung und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen	S. 17 - 21
Protokoll des Workshops 5:	Migration / Flüchtlinge	S. 22 - 26
Feedback		S. 27

Protokoll des Workshops 1 Bildung und Gesundheit

Teilnehmer/innen: 18 Teilnehmer und 4 Personen Moderation und Protokoll

Moderation & Input: B. Nielsen, Dr. F. Krützfeldt, M. Rossen
Protokoll: R. Rasch

Inhalt:	
<p>Themenblock 1: Vorstellung der Referenten, Erklärung Ablauf Workshop.</p> <p>Fragen die sich anhand des Faktenblattes ergeben:</p> <ul style="list-style-type: none">• Frage nach Anzahl 3 Kita-Jahre: im Faktenblatt nur exemplarisch dargestellt, im Sozialbericht sind die Kita-Jahre genau aufgeschlüsselt• Frage, ob es immer der gleiche Untersucher ist: Meistens sind die gleichen Untersucher in den Regionen, es werden aber standardisierte Verfahren zur Erfassung und Dokumentation von Auffälligkeiten verwendet• Frage nach den hohen Zahlen Sprachauffälligkeit: Es werden nicht nur Sprachstörungen erfasst, sondern auch Probleme in der Sprachkompetenz (Beispiel: Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen aufgrund Migrationshintergrund)• Frage nach Karies trotz aller Aufklärung: Grund kann nur vermutet werden, z.B. im häuslichem Umfeld• Frage zur Adipositas – können die Ergebnisse auf Gemeinden oder Einrichtungen herunter gebrochen werden: ist technisch möglich, aber aus Datenschutzgründen wegen der dann doch geringen Anzahl nicht darzustellen• Allgemeine Diskussion: Was wird in Instituten geleistet, was ist Aufgabe der Eltern?	

Themenblock 2:

Fragestellung / Kartenmoderation Zuruf: Wie soll es in 5 Jahren aussehen?

Die TeilnehmerInnen wurden dazu befragt, wie sie die aktuelle Situation im Bereich Bildung und Gesundheit in ihren jeweiligen Ämtern wahrnehmen, welche Veränderungen sie sich wünschen und was sie sich idealer Weise die Zukunft diesbezüglich vorstellen.

- Das Bewusstsein von Eltern soll hinsichtlich gesundem Verhalten geschärft werden, z.B. das Kind zu Fuß oder per Fahrrad in die KiTa bringen statt mit dem Auto
- Schaffung eines Bewusstseins für Verantwortung
- Gegenseitige Wertschätzung

- Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel für eine bessere Erreichbarkeit von Einrichtungen, Organisationen und Institutionen
- Erhalt von kleinen Grundschulen in den ländlichen Gegenden, damit Kinder selbstständig und sicher oder Eltern ohne Auto die Schule erreichen können.
- Ausbau von Angeboten im ländlichen Bereich
- Kindgerechte Bewegungserfahrungen in der kindlichen Umwelt ermöglichen z.B. Bäume zum Klettern erhalten, nicht alle Straßen betonieren etc. (Städtebauplanung kindgerecht!)

- Aufbau eines engeren Kooperationsnetzwerks „Bewegung“ zwischen KiTa, Schulen, Jugendarbeit und Vereinen
- Mehr organisierte, kreative und bewegungsorientierte Angebote in KiTa, Schule ggf. durch die Unterstützung von Ehrenamtlichen

- Fortbildungsangebote für Fachkräfte werden durch die jeweiligen Träger bzw. die öffentliche Hand finanziell unterstützt
- Mehr externe, fachliche Unterstützung zur Förderung

- Stärkung des Zutrauens bei Eltern für die Selbsterfahrungsprozesse von Kindern

Die Haltung von BürgerInnen, Eltern, LehrerInnen etc. zum Thema Gesundheit und Bildung soll sich verbessern.

Die Lebensräume von Kindern und Jugendlichen sollen anregend und gut erreichbar sein.

Enge Zusammenarbeit zwischen Schule, KiTa, Vereinen, Fachdiensten, Ehrenamt.

Fachliche und finanzielle Unterstützung für Wissenserweiterung.

<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau von Elternschulungen zum Thema Ernährung • Elternschulungen zur Erweiterung des Wissen über die kindliche Entwicklung • Themenbezogene Elternabende zu Themen wie Sprache, Ernährung, Gesundheit • Ausbau von gemeinsamen Veranstaltungen für Kinder und Eltern, um eine engere Verbindung zu unterstützen und um den Transport von gesundheitsrelevantem Wissen und Verhalten zu fördern <ul style="list-style-type: none"> • Tägliche Bewegungsangebote in KiTa und Schule • Täglich mit Kindern und Jugendlichen an die „frische Luft“ • Breit gefächerte Angebote für Bewegung • Mehr Mannschaftssport und Angebote zur Förderung der Teamfähigkeit in Schulen <ul style="list-style-type: none"> • Gesundes Frühstück und Mittagessen, dass frisch in der KiTa zubereitet wird • Verpflichtender Kochunterricht (Ernährungslehre) in der Grundschule 	<p>Stärkung von Eltern.</p> <p>Stärkere Implementierung der Thematik „Bildung und Gesundheit“ in KiTa und Schule.</p> <p>Gesunde Ernährung.</p>
<p>Themenblock 3: Fragestellung / Kartenabfrage: Was sollte dazu getan werden?</p> <p>Die TeilnehmerInnen wurden gefragt, was konkret in ihrem Ämtern dafür getan werden kann und sollte, um die gewünschten Ziele zu erreichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eltern stärker in die KiTa-Arbeit einbinden • Mehr Fachberatung in KiTas • Bessere personelle Ausstattung in den KiTas • KiTa als kostenfreies Angebot für alle <ul style="list-style-type: none"> • Familienzentren einbinden/ installieren • Elternschulen und Elternkurse initiieren z.B. in Zusammenarbeit mit der VHS oder dem Ortskulturring 	<p>KiTa</p> <p>Eltern und Familien stärken</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Familiensysteme stärker unterstützen • Einrichtung von hauptamtlichen NetzwerkkordinatorInnen als „Bildungsnetzwerker“ zwischen Institutionen und Ehrenamt • Mehr Ehrenamtliche für die Arbeit in Projekten gewinnen • Kompetenzen von alt und jung zusammenbringen und nutzen • Regelmäßiger Austausch aller Akteure am Kind z.B. bei runden Tischen oder informellen Veranstaltungen wie Dorffesten • Fachliche Unterstützung vor Ort für jedermann • Bewusstsein für Nachbarschaftshilfe fördern • Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern • Partizipation von Kindern und Jugendlichen • Peer Group-Prozesse fördern • Den Ort Schule als Raum für außerschulische Bildungsangebote zur Verfügung stellen z.B. am Nachmittag und an Wochenenden • Kostenlose Räume schaffen, in denen Kinder und Jugendliche zur Bewegung an der frischen Luft angeregt werden z.B. Kletterwand, attraktive Spielplätze, Skatepark etc. • Dörfer kindgerecht gestalten • Erhaltung der dörflichen Schulen und Kindergärten • Bildung vor Ort erhalten und verstärken • Angebote zur Anregung der motorischen Fähigkeiten schaffen • Fördergelder für die Anschaffung von Sportgeräten/ Sportutensilien akquirieren • Mehr Unterstützung für die betreuten Ganztagschulen 	<p>Netzwerke schaffen und nutzen</p> <p>Partizipation</p> <p>Bildungsorte erhalten, schaffen, anders nutzen</p> <p>Finanzielle Unterstützung</p>
---	--

Themenblock 4:

Fragestellung / Kartenabfrage: Wer kann dazu beitragen / Verantwortung übernehmen?

Die TeilnehmerInnen wurden befragt, wie sie in ihrer Funktion als BürgerIn, MitarbeiterIn der Verwaltung, einer Einrichtung oder eines Vereins etc. konkret zur Umsetzung beitragen können.

- politische Mehrheiten organisieren
- Organisation von Dorf- und Kinderfesten
- Den Aufbau einer Bildungslandschaft begleiten und unterstützen
- Treffen zwischen KiTa, Schule, Sportverein, OGS und weiteren Vereinen organisieren
- Koordinierung des Orts Schule als Bildungszentrum
- Im KiTa-Bedarfsplan Anregungen für Politik und KiTa-Träger formulieren

Verantwortliche/r:

Frau Bülow (Amt Arensharde)

Ortskulturring Fahrdorf

Marina Brügge (Bildung integriert, Fachdienst Jugend und Familie, Kreis SI-FI)

Förderverein Groß
Bergenhusen

Bürgermeister

Günter Karstens (KiTa-
Planung, Kreis SI-FI)

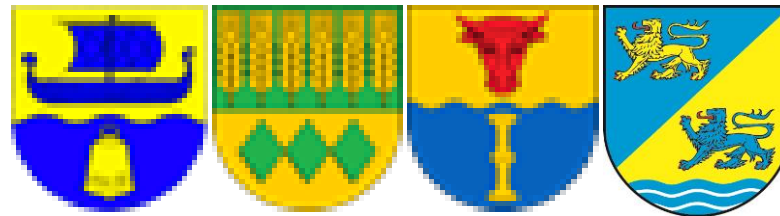
<ul style="list-style-type: none"> • Im Weiterbildungsbereich (VHS) Anstöße schaffen • Finanzielle Förderung?! • Verwaltungstechnische Unterstützung geben • Kooperationspartner für KiTa und Schule sein • Abnahme des Deutschen Sportabzeichens • Beratung und Unterstützung in Entwicklungsfragen und bei Fragen zur Förderung von Kindern für KiTa-Teams anbieten • Fortbildung und Aufklärung anbieten • Bei der Dorfplanung mitwirken 	<p>Günter Karstens (Stv. Vorsitzender Kreis AG VHSen)</p> <p>Herr Schnoor (Amt Arensharde)</p> <p>Herr Schnoor (Amt Arensharde)</p> <p>Ortskulturring Fahrdorf</p> <p>Jan Hensen (SSV Klein Bennebek e.V.)</p> <p>EGH Kreis SI-FI</p> <p>Herr Dr. Giermann (Fachdienst Gesundheit, Kreis SI-FI)</p> <p>Herr Dr. Giermann (Fachdienst Gesundheit, Kreis SI-FI)</p>
---	--

- Initiative für motorisch anregende Dorfgestaltung gründen
- Offene KiTa-Vormittage anbieten
- Mehr Aufklärungsarbeit zwischen Eltern und Kommunalpolitik
- Aufklärung und Haltung

Frau Beetz (Kindergarten Erfde)

Frau Beetz (Kindergarten Erfde)

2. Regionalkonferenz Sozialplanung



Kooperationsveranstaltung des Kreises Schleswig-Flensburg und der Ämter Arensharde, Haddeby und Kropp-Stapelholm

Protokoll des Workshops 2 - Wege aus der (Alters) Armut

Teilnehmer/innen: 8Teilnehmende

Moderation & Input: I. Panten-Reetz, A. Florek, S. Zacharias
Protokoll: B. Jürgensen

Inhalt:	
<p>Der Einstieg in den Workshop erfolgte über ein Impulsreferat unter Verwendung einer Power-Point Präsentation mit folgenden Inhalten:</p> <ul style="list-style-type: none">• Brüche in Erwerbsbiografien können dazu führen, dass eine auskömmliche Existenz im Alter gefährdet ist. Was können wir heute tun?• Es soll der Übergang von der Schule in den Beruf betrachtet werden (i.d.R. Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren)• Am Beispiel zweier fiktiver Lebensläufe werden Stolpersteine, die beim Übergang von der Schule in den Beruf eintreten können, vorgestellt• Organisation und Arbeitsweise der Jugendberufsagentur (JBA) <p>In dem Workshop wurde zunächst exemplarisch diskutiert, wie einige Ereignisse/ Situationen im Leben der jungen Menschen dazu führen können, dass der bisher unproblematisch verlaufene Lebensweg so unterbrochen wird, dass der Übergang von der Schule in den Beruf nicht wie geplant funktioniert:</p> <ul style="list-style-type: none">• schlechter Einfluss durch den Bekanntenkreis• die 1. große Liebe zerbricht	

- Eltern haben aufgrund der Erwerbstätigkeit evtl. nicht mehr genügend Zeit
- Veränderungen im häuslichen Umfeld – Trennung der Eltern
- neue Partnerschaften/Kinder der getrennten Eltern
- Erkrankungen des Heranwachsenden wie beispielsweise ADHS
- Schwangerschaft

aktuell hinzugekommen ist die Problematik bei der Zielgruppe der unbegleiteten minderjährigen Ausländer aufgrund von

- Sprachproblemen
- Analphabetismus, geringe bis keine Schulbildung
- seelischen Belastungen (Eltern und Freunde fehlen – Heimweh)
- traumatischen Ereignissen im Herkunftsland und auf der Flucht

Nachdem die Stolpersteine herausgearbeitet wurden, haben Frau Panten-Reetz und Frau Florek die Arbeit der JBA detaillierter vorgestellt. Die rechtskreisübergreifende Arbeit der verschiedenen Beteiligten Jobcenter, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe des Kreises Schleswig-Flensburg, Agentur für Arbeit Flensburg, Berufsbildungszentrum (BBZ) und Schulamt des Kreises Schleswig-Flensburg wurde erläutert und über die am 07.11.2016 erfolgte Eröffnung der ersten JBA in den Räumlichkeiten des BBZ in Schleswig, Flensburger Str. 19b wurde berichtet. Es wurde zudem über erste Erfolge und Ergebnisse berichtet.

Die JBA hat auch eine Internetpräsenz:

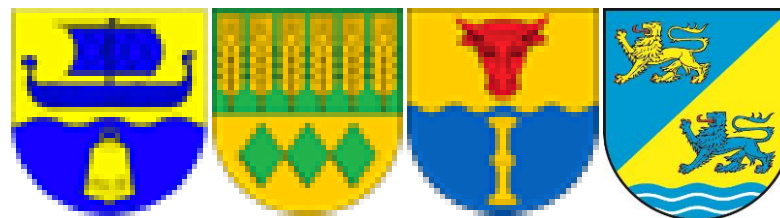
<http://www.jba-sl-fl.de>

Verbesserungsfähig ist aber noch immer der Zugang der Betroffenen zur JBA gerade in den ländlichen Gebieten des Kreises. Gut klappt bereits die Zusteuerung aus dem BBZ (Berufsbildungszentrum) und aus den Sozialzentren. Die Zusammenarbeit mit den Schulen befindet sich aktuell noch in der Planungsphase. Aufgrund datenschutzrechtlicher Grenzen stellt dies eine große Herausforderung dar.

Wie kann erreicht werden, dass möglichst alle jungen Menschen, die Unterstützung beim

<p>Übergang in den Beruf benötigen, den Weg zur JBA finden? Vorschläge der Teilnehmenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • jeder einzelne Teilnehmer aus dem Workshop gibt die Idee der JBA an Freunde, Verwandte usw. weiter und sorgt damit für das Bekanntwerden der JBA • Vertrauenspersonen der jungen Menschen wie beispielsweise Fußballtrainer, Heimleitungen, Jugendleiter bei den Jugendfeuerwehren genauer informieren/ konkret ansprechen. • Alle Kammern müssen über die Arbeit der JBA informiert werden, damit sowohl Arbeitgeber und Ausbilder aber auch Auszubildende den Weg zur JBA finden. Mit der Handwerkskammer gab es bereits einen Austausch. • Gleiches sollte mit Schulelternbeiräten geschehen, damit diese über Elternbeiräte die Eltern informieren können <p>Fazit: Je mehr Einwohner und Institutionen im Kreis Schleswig-Flensburg über die Arbeit der JBA informiert sind, um so mehr junge Menschen können frühzeitig die Unterstützung der JBA in Anspruch nehmen. Mehr junge Menschen werden eine Ausbildung beginnen und auch abschließen. Ein frühzeitiges Agieren ist besonders mit Sicht auf die schulische Perspektive (z.B. Vermeidung von Absentismus, schulische Leistungen) wichtig. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist eine wesentliche Voraussetzung zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie können verhindert werden und dauerhaft wird damit ein Beitrag zur Vermeidung von Armut und später auch von Altersarmut geleistet.</p>	<p>Verantwortliche</p> <p>alle</p> <p>alle Partner der JBA</p> <p>alle Partner der JBA</p> <p>alle Partner der JBA</p>
---	--

2. Regionalkonferenz Sozialplanung



Handlungsbedarfe:

• junge Menschen im Übergang zur Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) teilen m. Autoritätsproblemen

• unbefähigte minderjährige Flüchtlinge
• u. d. U 18
• Sprachprobleme

• unangepasstes Sozialverhalten
• ADHS etc.
• Maßnahmen erforderlich

• beide Eltern arbeiten
• zu wenig Er-Verantwortung/
• Frau-Leben "zu Hause"
• hohe finanz. Belastung

• Behördenangst
• Akzeptanz der Institution

Lösungen:



langfristig:

• aufsuchender Charakter / Kontakt-
pflege / Nähe

• gemeinsames institutions-/
rechtskreisübergreifendes
Budget

• mehr Vertrauenspersonen
& Ansprechpartner vor
Ort

teilweise erfüllt/ läuft an:

• Beratungsangebot
vor Ort / auch in
ländl. Regionen

• gemeinsame
Maßnahmenabstimmung
(passgenau)

wird bereits aktuell durch JBA & G. umge- setzt:

• niedrigschwellig

• Kammern & weitere
offizielle Institutionen
informieren

• Steuen der Idee / des Ange-
bots JBA auch an
"unkonventionelle" / Freizeit-
partner: Jugend-Feuerwehr,
Sportvereine, Jugendzentren...

Protokoll des Workshops 3 – Bezahlbarer Wohnraum

Teilnehmer/innen: 22 Personen

Moderation & Input: S. Ploog, W. Papke

Protokoll: F. Jacobsen

Inhalt/Anmerkungen

Dem Workshop vorangegangen ist ein Impulsreferat unter Verwendung einer Power-Point-Präsentation mit folgenden Inhalten:

- Bevölkerungsentwicklung im Kreis Schleswig-Flensburg
- Entwicklung der Zahl der Haushalte in Schleswig-Holstein
- Belegungsbindungen (öffentlich geförderter Wohnraum)
- Formen? (Gebäudetyp; Wohnungsgrößen; Mieten/Kaufen; Thematische Wohnprojekte)
- Fördermöglichkeiten

Aufbauend auf das Impulsreferat wird zunächst eine Kartenabfrage zu folgenden Punkten durchgeführt:

- Bedarfe
- Rahmenbedingungen
- Akteure

Die jeweiligen Karten werden im Plenum erörtert. Deutlich wird, dass insgesamt ein Bedarf an bezahlbaren kleinen Wohnungen sowohl für junge und ältere Menschen gesehen wird. So wird beispielsweise ausgeführt, dass es Unternehmen (z. B. Gastronomie, Krankenpflege) schwer fällt Auszubildende zu rekrutieren, da diese in der Region kaum kleine Wohnungen finden. Zudem wird deutlich, dass Senioren gerne möglichst lange in ihrem näheren Wohnumfeld bleiben möchten und hierzu kleine und barrierefreie Wohnungen erforderlich sind.

Bezogen auf die Rahmenbedingungen ist festzuhalten, dass von Seiten der Gemeinden attraktive Bedingungen für Investoren

geschaffen werden sollten, um so eine Wirtschaftlichkeit für die Investoren zu gewährleisten. Hierzu kommen z. B. die Ausweisung geeigneter Bauflächen und die Ermöglichung einer höheren Geschossflächenzahl in Betracht. Auch sollte eine Verdichtung geeigneter Flächen im Innenbereich der Gemeinde geprüft werden.

Erörtert wird weiter, ob die Gemeinde nicht selbst als Investor auftreten sollte. Dies wird insgesamt kritisch gesehen, da die Errichtung und Verwaltung von Wohnobjekten nicht zu den Kernkompetenzen einer Gemeinde gehören.

Fazit/Verabredungen:

Das Bewusstsein für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum soll innerhalb der Gemeinden gestärkt werden. Es sollte geprüft werden, ob beispielsweise im Zuge der Innenentwicklung der Gemeinden bei entsprechendem Bedarf die Möglichkeit einer Verdichtung der Wohnbebauung (z. B. auch Geschosswohnungsbau) möglich ist. Daneben sollten für private Investoren und Wohnungsbaugenossenschaften gute Rahmenbedingungen geschaffen werden.

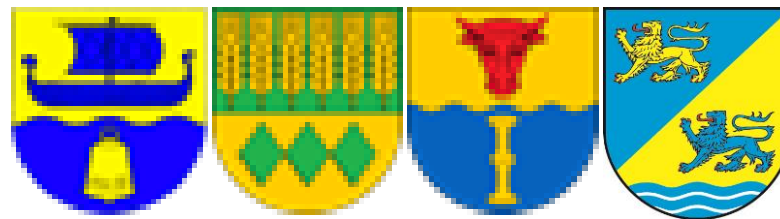
Die Leitenden Verwaltungsbeamten und Amtsvorsteher tragen dieses Bewusstsein in die Gemeinden.

Anlagen:

Fotoprotokoll

Tabellenansicht Fotoprotokoll

3. Regionalkonferenz Sozialplanung



Kooperationsveranstaltung des Kreises Schleswig-Flensburg und der Ämter Arensharde, Haddeby und Kropp-Stapelholm

Abschrift Fotoprotokoll Workshop 3:

Bedarfe	<ul style="list-style-type: none">• Berufsanfänger, Azubi• kleine Wohneinheiten, Singlewohnungen• kleine Wohneinheiten• kleine Wohnungen 40 bis 60 qm für Jüngere + Ältere• für junge Leute – junge Paare• Single-Haushalte• Mehrgenerationswohnen• Mehrgenerationen-Häuser• wenn Eigenheim nicht mehr versorgt werden kann – kleine Wohnung im Heimatdorf – nicht gleich ins Heim!• altengerechtes Wohnen → „Servicehäuser“• seniorengerechter Wohnraum• barrierefreier Wohnraum• „Demenz-Dorf“• Menschen mit Handicap• bezahlbar für Senioren• gutes Angebot für Familien
Rahmenbedingungen	<ul style="list-style-type: none">• Bevölkerungsentwicklung• Infrastruktur• Grundstücke• Kündigungsschutz auf Lebenszeit• keine Mietpreisbremse = Quatsch + Investitionshemmnis• gute Entwicklung in der Region durch ~ 600 neue Bundeswehr-Dienstposten bis 2025• Förderung – steuerliche Anreize• Bauleitplanung -> Festsetzungen, z. B. Barrierefreiheit; -> Geschosswohnungsbau; -> Wohnanlagen• Wohngenossenschaft finden; Selbstverwaltung; jeder

	<p>bringt seine Talente ein; Mehrgeneration, Kinderbetreuung; Viereckbau – gute Sicht auf jung + alt</p> <ul style="list-style-type: none">• langfristige Planungssicherheit• ausreichende Versorgungsstruktur (Ärzte, Pflegedienste)• günstige Rahmenbedingungen• Wohnraum muss mit guter Infrastruktur einhergehen• Familienbonus 2,- €/qm günstiger• variable Grundstücksgrößen• Investoren zulassen; 2,5 Stockwerke im Wohngebiet• Bereitstellung Grundstücke für Geschosswohnungsbau
--	--

Protokoll des Workshops 4 – Bündelung und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen

Teilnehmer/innen: 8 Personen

Moderation & Input: K. Hofmann, B. Muhl
Protokoll: N. Lewandowski

Inhalt:	Ziel
<p>1. In welchen Bereichen sehen Sie Defizite hinsichtlich der Versorgung?</p> <p>Grundlegend wurde durch die Teilnehmer der Kleingruppe gefordert, bei zukünftigen Planungen und Konzepterstellung in den Bereichen Daseinsvorsorge und Mobilität die Bedürfnisse der Nutzer mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Der Fokus sollte zukünftig stärker auf Fragen wie: „Woher kommen die Nutzer?“, „Was sind die realen Wege?“, „Welche Angebot werden real benötigt und dann auch angenommen?“ liegen.</p> <p>Eine grundlegende Erkenntnis ist auch, dass die Erreichbarkeit von Daseinsvorsorgeeinrichtungen und klassischer Nahversorgung ein wichtiges Thema ist, zurzeit aber noch kein gravierendes Problem darstellt. Der Handlungsdruck im Bereich Mobilität im ländlichen Raum wird aus Sicht der Kleingruppenteilnehmer allerdings in den kommenden Jahren zunehmen. Diese Erkenntnisse decken sich auch mit den Ergebnissen des gerade abgeschlossenen Mobilitätskonzepts der Eider-Treene-Sorge Region.</p> <p>Es stellte sich heraus, dass die derzeitig als gut wahrgenommene Versorgung und Mobilität vor allem an der überwiegenden Nutzung des motorisierten Individualverkehrs liegt. Ein starker Bevölkerungsverlust im Raum, mit entsprechenden Folgeerscheinungen wird noch</p>	<p>Frühzeitiges Erkennen von (heutigen und zukünftigen) Engpässen in den Bereichen Versorgung und Mobilität, u.a. durch die Erfassung von „Problembereichen“.</p>

nicht als dringendes Thema wahrgenommen.

Beim ÖPNV wurde von den Teilnehmern, neben der Quantität der Fahrten, besonders die Funktionalität der Verbindungen und Anschlüsse als problematisch dargestellt. Hier gebe es Verbesserungsbedarf. Generell sollten Wegeverbindungen bedarfsorientierter geplant werden. Oft sei nicht die Entfernung für die Wahl eines Standortes entscheidend, sondern (Beispiel freie Schulwahl) weitere Aspekte wie Qualität oder individuelles Angebot. Als ein Beispiel wurden Busverbindungen genannt, die innerhalb des Kreises schlechter ausgestaltet sind als zu Standorten außerhalb des Kreises. So fahren viele Schüler aus dem Stapelholmer Bereich über eine gut ausgebaute Verbindung nach Friedrichstadt. Dahingegen ist die Verbindung zur Schule nach Kropp für Bergenhusener Schüler sehr aufwändig und nur mit über 30 Wartezeit vorhanden.

Bei der Planung von alternativen Mobilitätslösungen ist zu bedenken, dass nicht alle in der Theorie gewünschten Angebote in der Praxis auch angenommen werden. So gab es in der Gemeinde Börn einen von der Gemeinde gesponserten Taxiservice zum Kropper Markt – ein Angebot welches jedoch nicht ein einziges Mal tatsächlich genutzt wurde. Diese mangelnde Angebotsnutzung zeigt sich auch vielfach bei kleineren, lokalen Supermärkten. Häufig wird nur ein geringer Anteil des täglichen Bedarfs dort eingekauft (Ergänzungskäufe), so dass der Umsatz für eine langfristige Wirtschaftlichkeit nicht ausreicht.

Wie wichtig eine aktive Dorfstruktur für den Erhalt von Ortschaften im ländlichen Raum ist, zeigt sich nach Aussagen in der Kleingruppe an Beispielen wie Meggerdorf, Tetenhusen, oder Bergenhusen. Das Vorhandensein von intakten sozialen Strukturen ermöglicht der arbeitenden Bevölkerung die Vereinbarung von Familie und Beruf. Über ein gutes soziales Netzwerk, beispielsweise in einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung, wird das Verbleiben im Ort, zusammen mit Pendeln zum Arbeitsplatz, ermöglicht. Hieraus resultiert wohl auch ein weiterer Bedarf an Bauland in den Gemeinden.

2. Abfrage zu Entfernungsempfindlichkeiten und Lösungsansätzen für Räume ohne eigenes Versorgungsangebot mithilfe eines Barometers zu Zustimmung

Welche Fahr- bzw. Wegzeiten halten Sie für zumutbar (einfacher Weg)?

Die Abfrage nach zumutbaren Wegezeiten zu unterschiedlichen Versorgungs-/Daseinsvorsorgeeinrichtungen, wie Haus- oder Facharzt, Nahversorgung oder Schule und Kinderbetreuung ergab, dass die Teilnehmer für die meisten Einrichtungen maximal 20 Minuten in Kauf nehmen würden. Nur für Fachärzte und weiterführende Schulen wurde angegeben, grundsätzlich längere Wegezeiten (bis zu 40 Minuten) in Kauf zu nehmen.

Welche alternativen Mobilitätsformen sind für Sie denkbar?

Die Teilnehmer der Kleingruppe signalisierten Bereitschaft, bestimmte ergänzende Mobilitätsangebote zu nutzen. Dabei wurden die verschiedenen Ansätze ganz unterschiedlich bewertet – so ist eine Nutzung von Bürgerbussen oder Fahrradleihstationen eher vorstellbar, als zum Beispiel Mitnahme-/ Mitfahrgelegenheiten oder das Verleihen des privaten PKWs. An dieser Stelle wurde von den Teilnehmern stark unterschieden zwischen der präferierten privaten Mitnahme durch/von Bekannten und den, eher kritisch gesehenen, Mitnahmeverkehren über organisierte Plattformen und Initiativen.

Welche Lösungsansätze halten Sie für die Teilräume ohne eigenes Versorgungsangebot/ohne eigene Einrichtungen für denkbar und geeignet?

Als wichtiger Lösungsansatz für eine flächendeckende hausärztliche Versorgung wurden Ergänzungen durch Telemedizin und NÄPas (Nicht-ärztliche Praxisassistentin) gesehen. Hierfür ist jedoch zuerst eine flächendeckende Breitbandversorgung Voraussetzung. Solange dies nicht in allen Teilen des Kreises vorhanden ist, kann Telemedizin nicht als wirkliche Alternative angeboten werden. In Teilen Nordfrieslands würde bereits erfolgreich mit Telemedizin gearbeitet. Auch fahrende Praxen (sog. Doc-Mobil) wurden diskutiert, jedoch sahen die Teilnehmer darin keine Lösung, da die damit verbundenen Fahrzeiten für

Erhalt von zumutbaren Zeitaufwänden für das Erreichen von Versorgungseinrichtungen, u.a. durch die Erprobung neuer Ansätze (Ermittlung durch die Abfrage von zumutbaren Entfernungen sowie Einstellungen zu alternativen Lösungsansätzen).

den behandelnden Arzt zusätzliche Belastungen darstellten.

Es wurde auch der Zugang zu Banken diskutiert. Durch die immer weiter verbreitete Möglichkeit Bargeld an der Supermarktkasse abzuheben und Onlinebanking, entfalle die alltägliche Notwendigkeit eines gut erreichbaren Bankstandortes. Hinsichtlich der Beratungsleistungen von Banken, wurde jedoch der persönliche Kontakt weiterhin als notwendig erachtet. Als mögliche Lösung wurde die Einrichtung von Gemeindebussen mit regelmäßigen Fahrten zu nahegelegenen Bankstandorten vorgeschlagen.

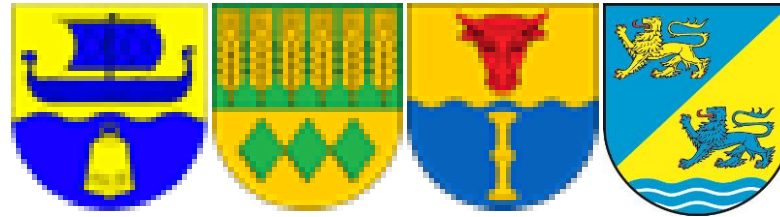
Lieferdienste von Nahversorgern und Apotheken können aus Sicht der Teilnehmer eine gute Ergänzung bilden, dennoch bleibe der Besuch des Einzelhandels als Element der sozialen Teilhabe wichtig.

Angeregt wurde auch eine qualitativ bessere Ausstattung der Bushaltestellen, hinsichtlich Barrierefreiheit, Fahrplanaushang und Überdachung.

Bei vielen zuvor genannten Ansätzen wird die Information über bzw. die Bekanntmachung des Angebots als großes Problem empfunden. Abhilfe können nach Ansicht der Teilnehmer digitale Plattformen zur Unterstützung und Vernetzung bieten.

Insgesamt wurde von den Teilnehmer die Bedeutung von Kooperationen – sowohl gemeindeübergreifend als auch zwischen Verwaltungen, privatwirtschaftlichen Akteuren und Bürgerinnen und Bürgern – bestätigt und als wichtige Basis für einen zukunftsfesten ländlichen Raum gesehen.

4. Regionalkonferenz Sozialplanung



Kooperationsveranstaltung des Kreises Schleswig-Flensburg und der Ämter Arensharde, Haddeby und Kropp-Stapelholm

Protokoll des Workshops 5 – Migration/Flüchtlinge

Teilnehmer/innen: 9 Personen

Moderation & Input: Knut Weiß, Jutta Just
Protokoll: Andreas Schulz

Inhalt:	Direkt Betroffene:
<p>Herausforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kinder aus Flüchtlingsfamilien kommen zumeist, ohne auch nur geringste Kenntnisse in der deutschen Sprache zu haben. 	<p>Kindergärten</p>
<ul style="list-style-type: none"> • In Flüchtlingsfamilien ist neben fehlenden Sprachkenntnissen auch Analphabetismus stark verbreitet. Es besteht ein erheblicher Bedarf an „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ)-Kursen für Kinder und Eltern. • Große Bedarfe bestehen an Sprachkursen, gesellschaftlicher Integration, Wohnraum für Flüchtlinge, v.a. für Familien (i.d.R. nur möglich bei einem Minimum an Sprachkenntnissen). • Es besteht das grundsätzliche Problem der fehlenden Planungssicherheit aufgrund ungewisser Bleibeperspektive und Unsicherheit der Anerkennung als Flüchtlinge (v.a. bei Afghanen, aber auch bei nur subsidiärem Schutz, der häufig auch für syrische Flüchtlinge erteilt wird). • Es bestehen Ängste der Flüchtlinge vor gesellschaftlichen Statusverlusten (Bsp.: In der Heimat Arzt oder Physiker, als Flüchtling Handlanger für einfachste Tätigkeiten). 	<p>Grundschulen</p> <p>Flüchtlingshilfe</p>

- Es besteht Mangel an für die Flüchtlinge geeigneten Sprach- und Alphabetisierungskursen.
- Geeignetes, pädagogisch qualifiziertes Lehrpersonal ist nicht zum Nulltarif zu erhalten.
- Außerdem fehlt in größerem Umfang geeigneter Wohnraum, insbesondere für Flüchtlingsfamilien, aber auch für geflüchtete Einzelpersonen und Paare.

Kommunale Verwaltungen

Es wird beklagt, dass unterschiedliche Verhältnisse und soziale Gewohnheiten der Flüchtlinge aus ihren Herkunftsländern in Verbindung mit dem Gefühl, sich großteils selbst überlassen zu sein, nachteilige Auswirkungen auf die Integration haben.

In Kropp stehen zwei Wohnhäuser für Flüchtlinge bereit, die von Geflüchteten unterschiedlicher Herkunftsländer bewohnt wird. Die „feiern“ viel und behindern sich so immer wieder gegenseitig, auszuschlafen und morgens Sprach- bzw. Integrationskurse oder auch Praktika zu besuchen.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass Angebote zur Sprach- und Integrationsförderung zwar vorhanden sind, in den einzelnen Gebieten aber unterschiedlich gut genutzt werden können.

Dies kann z.B. seine Ursache in der Verkehrs- bzw. ÖPNV-Infrastruktur haben, die fast immer mit steigender Entfernung von städtischen Zentren dünner wird.

So können z.B. im Amt Haddeby sprachliche u.a. Qualifizierungen mit Durchführungsorten in Schleswig gut genutzt werden. Im Gebiet Kropp-Stapelholm sind die zu betreuenden Personen dagegen auf eigene Angebote angewiesen:

Das DRK kann für Dörpstedt pro Woche drei Sammelfahrten nach Kropp anbieten (2 zum DaZ-Kurs, 1 zur Tafel). Wenn der ehrenamtliche Fahrer ausfällt, steht kein Ersatz zur Verfügung. Der DRK-Kindergarten in Kropp erhält einmal pro Woche DaZ-Unterricht, der finanziell vom DRK getragen wird. Die Finanzierung ist aber nicht dauerhaft gesichert, und bei Erkrankung der Lehrkraft steht keine Alternative zur Verfügung.

<p>Die zur Einführung in den Workshop gezeigten Diagramme und Tabellen haben verdeutlicht, dass die Flüchtlingszuweisungen in den Kreis Schleswig-Flensburg nach ihrem Höchststand im Jahre 2015 (kreisweit: 2.111) deutlich zurückgegangen sind (auf 40 am Ende des ersten Quartals 2017). Insofern hat im Kreis Schleswig-Flensburg eine Entspannung eingesetzt. Es gibt aber keinen Grund für die Annahme, dass diese Entspannung von Dauer bliebe. Der Kreis Schleswig-Flensburg muss sich darauf einstellen, auch wieder – und möglicherweise recht kurzfristig, ohne größere „Vorlaufzeit“ – größere Kontingente an Flüchtlingen aufnehmen zu müssen.</p>	
<p>Hauptziel</p>	<p>Verantwortliche/r:</p>
<p>Weitere Ziele bzw. Teilschritte</p> <p>Die nachstehend aufgeführten Schritte und Maßnahmen werden im Workshop als mögliche Instrumente auf dem Weg zu einer mittelfristig erfolgreichen Integration genannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle Absicherung von Deutsch- und Integrationskursen durch direkte Finanzierung aus kommunalen Haushalten, insbesondere hinsichtlich der Kosten für geeignetes Lehrpersonal (und ggf. auch für die Unterstützung weiterhin ehrenamtlich tätiger Flüchtlingslotsen), • Innerhalb von fünf Jahren Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel, die für eine erfolgreiche Integration erforderlich sind (mit Sicherstellung, dass dies nicht zu Lasten anderer leistungsbeziehender Personengruppen erfolgt), • Vernetzung von Kindergärten und Grundschulen bezüglich DaZ-Kursen, dabei möglichst 	<p>Verantwortliche/r:</p>

auch stärkere „Mitnahme“ der Eltern von Flüchtlingskindern,

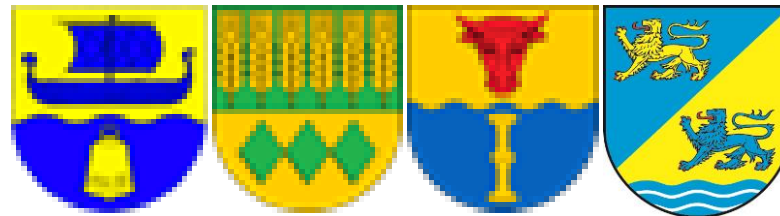
- Stärkere Berücksichtigung unterschiedlicher gesellschaftlicher, kultureller u.a. Prägungen der Flüchtlinge durch ihre Herkunftsländer,
- Größere Planungssicherheit durch verbesserte Bleibeperspektiven sowie auch bessere Möglichkeiten des Familiennachzugs für Flüchtlinge aus von Bürgerkriegen belasteten Regionen (z.B. Afghanistan oder Syrien),
- Gezielte Förderung besonders integrationswilliger und –fähiger Flüchtlinge, auch vor dem Hintergrund, dass sie als Multiplikatoren später ankommenden Flüchtlingen bei deren Integration helfen können,
- Flüchtlingsbeiräte als Gremien, in denen Geflüchtete über Inhalte, Anforderungen und Hilfen in der Integrationsarbeit mitentscheiden können,
- Gezieltes Befragen von Flüchtlingen, welche „Stolpersteine“ aus ihrer Sicht einer erfolgreichen Integration im Wege stehen bzw. sie behindern (dies könnte z.B. in einer wissenschaftlichen und repräsentativen Erhebung durch ein damit speziell beauftragtes Hochschulinstitut erfolgen),
- „Willkommensmodule“ als aus Einheimischen und Flüchtlingen gemischte Gruppen als Instrumente für eine bessere gesellschaftliche Integration,
- Professionelles und konsequentes Anwenden gesetzlicher Bestimmungen (z.B. durch Anerkennung des vollen Flüchtlingsstatus für Jesiden, bei Gesprächen Einsatz von Personen als Dolmetscher, die die Landessprache des Betreffenden wirklich beherrschen),
- Förderung alltagsbezogener Projekte zur Willkommenskultur (wie z.B. gemeinsames Arbeiten, Kochen, Musizieren u.dgl.),
- Förderung von Projekten, die der gegenseitigen Integration von Flüchtlingen und Ein-

heimischen förderlich sind,

- Förderung auch beruflicher Selbstständigkeiten von Flüchtlingen durch Bereitstellung spezieller finanzieller, administrativer und je nach Bedarf berufsbezogen qualifizierender Hilfen.

Flüchtlinge sind nach einer zeitlichen Spanne von x Jahren integriert und selbst integrierend tätig

5. Regionalkonferenz Sozialplanung

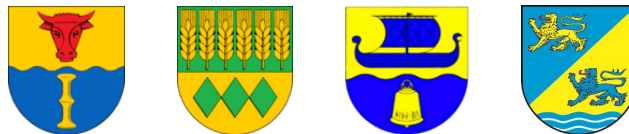


Kooperationsveranstaltung des Kreises Schleswig-Flensburg und der Ämter Arensharde, Haddeby und Kropp-Stapelholm

Feedbackbogen

Thema	stimme voll zu		-----	stimme nicht zu		
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mit der Vorbereitung, Moderation und den Abläufen bin ich zufrieden.	16	15				
Mit den Ergebnissen bin ich zufrieden.	8	13	7	1	1	
Mit dem ressortübergreifenden Arbeitsansatz im Rahmen der Integrierten Sozialplanung bin ich zufrieden.	15	8	5			
Eine Themenerarbeitung in einer solchen themenübergreifenden Konferenz halte ich für sinnvoll.	13	14	2	2		
Für eine weitere/vertiefende Themenbearbeitung stehe ich grundsätzlich zur Verfügung.	14	8	3	2	1	2

2.Regionalkonferenz Sozialplanung



Kooperationsveranstaltung des Kreises Schleswig-Flensburg und
den Ämtern Arensharde, Haddeby, Kropp-Stapelholm